

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 15.03.2011 um 17.00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

- Fortsetzung der Stadtratssitzung vom 14.03.2011 -

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy

Stadtrat Günther (ab 18.00 Uhr, Ziffer 1, B, a)

Stadtrat Lorenz

Stadtrat May (ab 18.30 Uhr, Ziffer 1, B, d)

Stadtrat E. Müller

Stadtrat M. Müller (ab 17.10 Uhr, Ziffer 1, A, d)

Stadträtin Richter

Stadtrat Schmidt

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser (ohne Ziffer 1, B, j - Beschluss)

Stadträtin Schwab

Stadtrat Stiller

Stadträtin Stocker

Stadtrat Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul (ab 19.20 Uhr, Ziffer 1, B, f)

Stadtrat Heisel (bis 20.00 Uhr, Ziffer 1, B, r)

Stadträtin Glos (ohne Ziffer 1, B, c – Beschluss)

Stadträtin Kahnt

Stadträtin Mahlmeister (ab 19.20 Uhr, Ziffer 1, B, f)

FW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag

Bürgermeisterin Regan (bis 18.40 Uhr, Ziffer 1, B, d)

Stadträtin Wachter

Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof

Stadtrat Popp (ab 18.55 Uhr, Ziffer 1, B, e)

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Pauluhn (bis 19.30 Uhr, Ziffer 1, B, i, ohne Ziffer 1 B c - Beschluss)

Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm (bis 20.20 Uhr, Ziffer 1, B, t)

Ortssprecher

Frau Schlötter (Sickershausen)

Herr Pfreuzinger (Hoheim)

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer

Berichterstatter: Verwaltungsrat Hartner

Stadtkämmerer Weber

Frau Hafner

Frau Heger

Dipl. – Ing. Richter

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Steinruck
Stadtrat Schardt

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Beratung des Investitionsprogramms 2011 mit Finanzplanung 2010 – 2014

A. Fragen und Angelegenheiten aus dem ersten Tag der Haushaltsberatungen:

a) 5932.9350 – Ersatz von Spielgeräten auf verschiedenen Spielplätzen

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist auf den Antrag der ödp auf Einstellung von Mitteln für die Beschaffung von Spielgeräten für die Spielplätze Königsberger Straße sowie beim Hochhaus sowie die Anregung der Verwaltung, die Maßnahme über das Programm Soziale Stadt bezuschussen zu lassen.

Er verweist auf ein Gespräch mit der Regierung von Unterfranken, wonach die Beschaffung von Spielgeräten grundsätzlich über „Soziale Stadt“ gefördert werden könne, wenn dies im Jahresantrag 2012 entsprechend gemeldet werde.

Oberbürgermeister Müller bittet um Beschlussfassung, im Jahr 2012 und im Jahr 2013 jeweils 20.000,00 € für die Beschaffung von Spielgeräten im Rahmen von Soziale Stadt einzustellen.

Mit 21 : 2 Stimmen

Es besteht Einverständnis, bei den Haushaltsstellen 6152.9595 und 6152.9596 in den Jahren 2012 und 2013 jeweils 20.000,00 € für die Beschaffung von Spielgeräten einzustellen.

b) Veränderungen aufgrund der Beschlussfassungen vom ersten Beratungstag

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer stellt dar, dass aufgrund der Beschlussfassungen des ersten Beratungstages 190.500,00 € als Mehrausgaben beschlossen wurden. Denen stehen 40.000,00 € an Mehreinnahmen (Zuschüsse Laufbahn Sickergrund) gegenüber, so dass die Verschlechterungen gegenwärtig bei 150.500,00 € liegen.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

c) Prioritätenliste

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist auf die Prioritätenliste, auf die der Stadtrat am ersten Beratungstag folgende Angelegenheiten gesetzt hat

- 2140.9451 – Schulsportanlage Deusterpark – Sanierung der Schulsportanlage
- 2140.9670 – Schulsportanlage Deusterpark – Sanierung Außensportplatz
- 3651.9453 – Lichtkonzept für die Altstadt
- 5601.9580 – Sportanlage Etwashausen, Beleuchtung Allwetterplatz
- 5900.9583 – Erweiterung des Wohnmobilstellplatzes

und über die im Laufe der Haushaltsberatungen noch zu entscheiden wäre.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

d) 5602.9501 – Sportzentrum Sickergrund – Generalsanierung Laufbahn Sickergrund
Informationen von Dipl. – Ing. Richter

Dipl. – Ing. Richter weist darauf hin, dass die Standsicherheit bei den Flutlichtmasten bei der letzten Standsicherheitsprüfung im Jahr 2010 bestätigt wurde. Die Leitungen der Bewässerungsanlage wurden im Jahr 2004 erneuert, so dass dies im Rahmen der Sanierung der Laufbahn nicht mit erledigt werden müsse. Die Umsetzung der Sanierung sei ab Mitte Juni 2011 geplant. Dies wird zur Kenntnis genommen.

e) 5900.9583 – Erweiterung des Wohnmobilstellplatzes

Oberbürgermeister Müller weist hinsichtlich einer möglichen Umsetzung bis zur Natur in Kitzingen darauf hin, dass für die Erweiterung ein wasserrechtliches Genehmigungsverfahren notwendig sei, welches sicherlich zwei Monate beanspruche. Darüber hinaus müssten einige Pappeln gefällt werden, was derzeit aufgrund der Brutzeit nicht zulässig sei. Aus diesem Grund sollte man im Jahr 2011 die notwendigen Planungen und Vorbereitungen angehen, so dass im Jahr 2012 der Wohnmobilstellplatz erweitert werden könne.

Stadträtin Wallrapp ist ebenfalls der Auffassung, den Platz nicht mehr vor der Kleinen Gartenschau anzugehen und bis zur Umsetzung das erforderliche Genehmigungsverfahren durchzuführen. Gleichwohl spricht sie sich für die Einstellung von 80.000,00 € im Haushalt 2011 aus, um im Herbst mit der Maßnahme beginnen zu können und um einen neuen Kassenautomat sowie Stromautomat beschaffen zu können.

In folgender Diskussion beraten die Stadträte über die Notwendigkeit der Erweiterung des Wohnmobilstellplatzes sowie der Bereitstellung von Mitteln, wobei die Mehrheit des Stadtrates zur Einstellung von geringfügigen Mitteln im Jahr 2011 für die Anschaffung der Automaten und zur Durchführung der Planung tendiert. Hinsichtlich der Frage der Notwendigkeit erbittet Stadtrat Pauluhn eine Rentierlichkeitsberechnung, worauf Frau Heger zusagt, diese bis zum nächsten Tag der Haushaltsberatungen vorzulegen.

Oberbürgermeister Müller belässt somit die Maßnahme auf der Prioritätenliste, über die im weiteren Verlauf der Haushaltsberatungen abzustimmen ist.

B. Einzelplan 6

a) 6101.9590 – Stadtplanung, Stadtentwicklung, Bauleitplanung,
verschiedene Gutachten, Wettbewerbe

Die CSU bittet die Einzelansätze zu erläutern, fragt nach dem Umsetzungsbeginn und möchte wissen, wer was bis wann durchführt.

Die UsW möchte einen aktuellen Sachstandsbericht, bittet die einzelnen Kosten aufzulisten und fragt nach der Terminierung.

Die FW fragt nach, nach welchen Kriterien sich die Gesamtsumme ermittle und wie sich die Kosten zu den einzelnen angedachten Maßnahmen darstellen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist auf die Stellungnahme der Stadtplanung, in der die Einstellung aller Maßnahmen samt gegenwärtigem Planungsstand beschrieben seien.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über die Einstellung der einzelnen Mittel und geben die Umsetzung und somit die Kassenwirksamkeit hinsichtlich der Wettbewerbe für das Marktcafés und das Bahnhofsumfeld zu bedenken. Darüber hinaus wird hinsichtlich der Wettbewerbe zum Marktcafé/Bürgerbräu bzw. zum

Bahnhofsumfeld um mögliche Inhalte und den Grundsatz zum Vorgehen der Stadtentwicklung diskutiert.

Stadträtin Glos stellt den Antrag auf Schluss der Debatte und Fortführung der Beratung am nächsten Haushaltsberatungsstag, da Stadtplaner Neumann als Berichterstatter nicht zur Verfügung stehe.

Mit 18 : 7 Stimmen

Dem Antrag auf Schluss der Debatte wird stattgegeben.

Bei der Fortführung der Rednerliste wird weiterhin über die Einstellung der Mittel diskutiert.

Den Hinweis auf die Kapazitäten im Bauamt, weshalb manche Maßnahmen nicht angegangen werden könnten, verweist Oberbürgermeister Müller in die Stellenplanberatungen.

Oberbürgermeister Müller bitte nach weiterer Diskussion um Abstimmung, die Mittel für den Wettbewerb des Bahnhofes in Höhe von 150.000,00 € von 2011 in 2012 zu verschieben, da ab 2013 die Mittel für die Umsetzung der Maßnahme eingestellt seien.

Mit 20 : 5 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, bei der Haushaltsstelle 6101.9590 die Mittel für den Wettbewerb Bahnhofsumfeld in Höhe von 150.000,00 € von 2011 in das Haushaltsjahr 2012 zu verschieben.

2. Bürgermeister Christof hat im Rahmen der Diskussion das bei dieser Haushaltsstelle enthaltene Symposium zur Entwicklung der Innenstadt angesprochen, welches auf seine Initiative beschlossen wurde und wofür 25.000,00 € bereitgestellt wurden. Er kritisiert, dass die Verwaltung dieses noch nicht umgesetzt habe, weshalb seiner Auffassung nach die Mittel aus dem Haushalt gestrichen werden könnten.

Nach kurzer Diskussion bleiben die übrigen Ansätze der Haushaltsstelle und somit auch das Symposium unverändert bestehen.

- b) 6152.9400 – Soziale Stadt; Hochbaumaßnahmen
- 6152.9500 – Soziale Stadt; Tiefbaumaßnahmen
- 6152.9581 – Soziale Stadt; Planungskosten für zukünftige Maßnahmen

Die KIK beantragt mit Blick auf die geänderte Zuschuss-Situation realistische Ansätze vorzunehmen.

Die FW beantragt ebenfalls mit Blick auf die geänderte Zuschuss-Situation bei der Umsetzung Abstriche zu machen und die Prioritätenliste zu überarbeiten.

Die UsW erbittet Informationen für die künftigen Fördermöglichkeiten im Bereich „Soziale Stadt“ auch im Hinblick der zukünftigen geförderten Maßnahmen. Darüber hinaus wird gefragt, ob stattdessen eine Förderung nach Stadtumbau-West möglich sei.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist auf die Stellungnahme und erklärt, dass die Bundesmittel im Bereich Soziale Stadt in der Tat insofern gekürzt werden, dass nicht mehr so viele Maßnahmen wie früher gefördert werden. Er verweist auf Gespräche mit der Regierung von Unterfranken, wonach in Teilbereichen möglicherweise eine Förderung nach Stadtumbau West in Aussicht gestellt werde.

2. Bürgermeister Christof weist darauf hin, dass neben den baulichen Veränderungen die soziale Struktur der Siedlung wichtiger sei und eine Entscheidung des Stadtrates nicht immer unter dem Verweis, dass der Bürger hierbei mitgewirkt habe,

fallen dürfe. Darüber hinaus müsse die Schaffung eines Bürgerzentrums in der Siedlung diskutiert werden.

Stadträtin Schmidt als Referentin für Soziale Stadt stellt die Bürgerbeteiligung in den Fordergrund und ist der Auffassung, dass das Bürgerzentrum vorangetrieben werden müsse.

Stadtrat Weiglein bittet, mit negativen Äußerungen gegenüber der Mitarbeit der Bürgerinnen und Bürger der Siedlung deren Engagement nicht zu behindern.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass auch die baulichen Veränderungen zur Förderung der Struktur in der Siedlung beitragen. Hinsichtlich des Stadtteilzentrums verweist er auf die Konditionen, die zunächst seitens des gegenwärtigen Eigentümers genannt werden müssten.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert bestehen.

c) 6300.9421 – Ausstattung von Buswartehäuschen (Hoheim) mit Sitzmöglichkeiten

Die FW beantragt die Ausstattung des Buswartehäuschens im Ortskern Hoheim (am Entenbrunnen) mit Sitzbänken und bittet, die dafür nötigen Mittel einzustellen.

Darüber hinaus beantragt die FW die Bepflanzung der neuen Bushaltestelle am Ortseingang Hoheim in Richtung Fröhstockheim.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, wonach für die Sitzmöglichkeiten Mittel in Höhe von 2.800,00 € benötigt werden und die Bepflanzungen im Rahmen des Unterhaltes erfolgen könne.

Mit 21 : 2 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, bei der Haushaltsstelle 6300.9421 2.800,00 € für die Ausstattung mit Sitzbänken im Buswartehäuschen Hoheim (Entenbrunnen) im Haushalt 2011 bereitzustellen.

d) 6300.9423 – Errichtung Busbahnhof
6300.9501 – Errichtung P+R-Anlage

Die CSU beantragt das Vorziehen der Mittel für den Busbahnhof sowie der P+R-Anlage.

Die KIK beantragt den Ansatz der P+R-Anlage um 400.000,00 € zu reduzieren.

Stadtrat Moser ergänzt, dass trotz Erwerb der erforderlichen Flächen keine Fortschritte am Bahnhof erzielt werden konnten. Seiner Auffassung nach sollten die Mittel für die Planungsleistung zur Errichtung der P+R Anlage in Höhe von 70.000,00 € von 2012 auf 2011 vorgezogen werden sowie die Mittel für die Umsetzung in den Folgejahren entsprechend. Gleiches gelte für die Mittel zur Errichtung des Busbahnhofes.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass die gegenwärtige Einstellung der Mittel seitens der Tiefbauverwaltung mit Blick auf die finanzielle Leistungsfähigkeit sowie die personellen Kapazitäten sehr sinnvoll und praktikabel sei. Ein Vorziehen sie nicht finanzierbar und personell nicht umsetzbar.

Oberbürgermeister Müller bittet um Abstimmung des Antrages der CSU, die Mittel für den Busbahnhof und für die P+R-Anlage (Planung und Umsetzung) jeweils um ein Jahr vorzuziehen.

Mit 5 : 20 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, die Mittel bei der Haushaltsstelle 6300.9423 für die Planung (70.000,00 €) von 2012 auf 2011 sowie die Kosten für die Umsetzung entsprechend vorzuziehen.

Mit 5 : 20 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, die Mittel bei der Haushaltsstelle 6300.9501 für die Planung (130.000,00 €) von 2012 auf 2011 sowie die Kosten für die Umsetzung entsprechend vorzuziehen.

Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass die Antrag abgelehnt wurden. Die Einstellung der Mittel bleibt unverändert.

e) 6300.9503 – Gemeindestraßen allgemein – Prioritätenliste Straßenbau Einzelplan 7 – Prioritätenliste Kanalbau

Die FW beantragt eine Prioritätenliste zum Straßenbau, auch mit Blick auf den Winterdienst.

Die ödp beantragt die Sanierung von Orts- und Gemeindeverbindungsstraßen und hierfür 0,5 Mio. € und für den Ausbau von Geh- und Radwegen jährlich 0,23 Mio. € einzustellen.

Stadtrat Pauluhn bittet in diesem Zusammenhang auch die Prioritätenliste Kanalbau zu behandeln.

Hiermit besteht Einverständnis.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist auf die Stellungnahme, wonach für den Unterhalt 1,1 Mio. € im Haushalt 2011 eingestellt seien und ein pauschaler Ansatz im Vermögenshaushalt personell wie finanziell nicht umzusetzen sei.

Stadtrat Pauluhn geht ausführlich auf die Situation der städtischen Kanäle ein und stellt dar, dass für die Erhebung der Schadensklassen und für die Sanierung der Kanäle dringend Mittel eingestellt werden sollten.

Dipl. – Ing. Richter erklärt, dass die Prioritätenliste zum Kanalbau von 2005 entsprechend fortgeschrieben werden müsse und verweist auf bereits durchgeführte Kanalbaumaßnahmen. Für die Dichtigkeitsprüfung zur Schadensklassifizierung der Kanäle würden aufgrund einer Angebotsabfrage bei einem Büro in den nächsten fünf Jahren jeweils 250.000,00 € benötigt werden.

Stadtrat Pauluhn beantragt, diese Mittel in den Haushalt einzustellen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer gibt zu Bedenken, dass die Abwasserbeseitigung eine kostenrechnende Einrichtung sei und eine solche Vergabe die Abwassergebühr drastisch ansteigen ließe. Darüber hinaus weist er darauf hin, dass der Ansatz der Dichtigkeitsprüfung in den Verwaltungshaushalt gehöre. Ferner bemängelt er, dass das Bauamt kurzfristig und ohne vorherige Rücksprache erst im Laufe der Haushaltsberatungen die Riesensumme von rd. 1,0 Mio. € in den Haushalt aufgenommen haben will.

Oberbürgermeister Müller bittet diese Angelegenheit im Rahmen der Beratung der Verwaltungshaushaltes zu diskutieren und zu entscheiden.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

Die Mittel bleiben vorerst unverändert eingestellt.

Oberbürgermeister Müller unterbricht die nichtöffentliche Sitzung von 19.05 Uhr bis 19.20 Uhr.

f) 6309.9501 – Nordtangente – Baukosten für die Weiterführung BA III b

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist auf die jüngste Beschlussfassung des Stadtrates auf Fortführung der Nordtangente und Anpassung des Abfahrtssohrs auf die ST 2271 und stellt dar, dass in der Änderungsliste 2 bei der o. g. Haushaltsstelle im Haushaltsjahr 2011 500.000,00 € eingestellt werden. Auf der Einnahmeseite erfolgt die Veranschlagung der Zuschüsse.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

g) 6309.9581 – Nordtangente – Planungs- und Bauvorbereitungskosten

Die Usw erbittet eine Erläuterung zu den einzelnen eingestellten Maßnahmen.
Die UsW-Fraktion nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Die FW beantragt die Aufweitung der Abbiegespur bei der Kreuzung Fehler/Heinrich-Huppman-Straße auf die Nordtangente und die hierfür erforderlichen Mittel einzustellen sowie die Zuschüsse abzufragen.

Stadträtin Wallrapp ergänzt, dass die Breite auch auf eine Fehlplanung seitens des Straßenbauamtes zurückzuführen sein könnte und gibt die Ampelschaltung an dieser Kreuzung zu Bedenken, welche ebenfalls überprüft werden sollte.

Dipl. – Ing. Richter sagt zu, die Ampelschaltung im Zusammenhang mit dem Verkehrsrechner überprüfen zu lassen. Darüber hinaus stellt er dar, dass die Kreuzung auch mit Blick auf die Eigentumsverhältnisse in diesem Bereich nicht breiter gefasst werden konnte.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass der Verwendungsnachweis für diesen Bereich der Nordtangente bereits vorgelegt sei und deshalb mit keiner Förderung gerechnet werden könne.

Stadtrat Weiglein bittet, diese Kreuzung im Rahmen der Fortschreibung des Generalverkehrsplans entsprechend zu betrachten.

Oberbürgermeister Müller sagt dies zu.

Die Mittel bleiben unverändert.

h) 6321.9504 – Gehweg Osttangente Sickergrund

Die ödp beantragt, für den Lückenschluss des unbefestigten Weges zwischen der Osttangente und dem Sickergrund 10.000,00 € im Haushalt 2011 bereitzustellen.

Mit 17 : 9 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, bei der Haushaltsstelle 6321.9504 im Haushaltsjahr 2011 10.000,00 € für den Lückenschluss des unbefestigten Weges zwischen der Osttangente und dem Sickergrund bereitzustellen.

i) 6321.9590 – Erstellung eines Geh- und Radwegekonzeptes

Die SPD beantragt, für die Erneuerung des Radwegekonzeptes im Zuge des Verkehrswegekonzeptes und für die Umsetzung des Radwegekonzeptes entsprechend Mittel bereitzustellen.

Die CSU fragt nach, weshalb für die Umsetzung eines Geh- und Radwegekonzeptes im städtischen Haushalt keine Mittel eingestellt seien. Für die Umsetzung ist ein entsprechender Zeitplan zu erstellen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, wonach bei der Haushaltsstelle 6101.9590 im Haushaltsjahr 20.000,00 € für die Erstellung eines Geh- und Radwegekonzeptes eingestellt seien.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

j) 6322.9590 – Baugebiet Deuster-Areal, Bodengutachten

Die CSU möchte wissen, welches Bodengutachten aus welchen Gründen erstellt werden soll.

Die UsW erbittet eine Erklärung der Notwendigkeit in der Erstellung des Bodengutachtens.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme des Stadtbauamtes.

Stadtrat Schmidt stellt dar, dass für das Deuster-Areal verschiedene Gutachten erstellt wurden und deshalb aus Sicht der UsW-Fraktion ein weiteres Bodengutachten nicht erforderlich sei.

Darüber hinaus verweist er auf eine Masterarbeit zu den Deusterkellern und fragt nach, weshalb die Stadt diese nicht erworben habe.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass die Mittel für die Erstellung des Gutachtens in Höhe von 20.000,00 € aus dem Haushalt gestrichen werden können.

Die Masterarbeit wurde der Stadt angeboten, aus Vertragsgründen jedoch der Erwerb abgelehnt wurde, wozu er in nichtöffentlicher Sitzung weitere Ausführungen geben könnte.

Mit 24 : 0 Stimmen

Es besteht Einverständnis bei der Haushaltsstelle 6322.9590 die Mittel für das Bodengutachten in Höhe von 20.000,00 € aus dem Haushalt 2011 zu streichen.

k) 6325.3400 – Veräußerung von unbebauten Grundstücken

Die FW möchte wissen, wie der Stand der Vermarktung in den Baugebieten sowie der Stand im Verkauf der Flächen im Bibergau ist.

Oberbürgermeister Müller verweist hinsichtlich der Vermarktung der Baugebiete auf die Stellungnahme der Verwaltung. Die Flächen im Bibergau konnten noch nicht erfolgreich vermarktet werden. Die Verwaltung werde die Flächen nochmals unter der Maßgabe auf dem Markt anbieten, dass mindestens der Einstandspreis erzielt wird. Dies wird zur Kenntnis genommen. Hiermit besteht Einverständnis.

l) 6331.9588 – Gestaltung Mainpartie

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist auf die Änderungsliste 2, wonach bei der o. g. Haushaltsstelle in 2011 anstelle von 156.000,00 € 200.000,00 € eingestellt werden müssen, weil bei der Veranschlagung zu wenig Mittel eingeplant wurden. Er weist darauf hin, dass man lt. Aussagen des Bauamtes im Kostenrahmen der Deckelung bleibe.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

m) 6346.9320 – Baugebiet Buddental – Rückerwerb Baugrundstück (Mühldorfer Modell)

Die CSU fragt nach, welches Baugrundstück im Baugebiet Buddental erworben werden soll und erkundigt sich nach der Rechtsgrundlage, sowie dem Sinn und dem Ziel des Erwerbs.

Die UsW möchte wissen, ob die Stadt zum Grundstücksrückerwerb verpflichtet sei und welche Vorteile die Stadt beim Rückerwerb habe.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass aus Sicht des Sachgebiets Stadtplanung auf den Rückerwerb verzichtet werden könne und deshalb die Mittel in Höhe von 50.000,00 € gestrichen werden könnten.

Stadträtin Wallrapp bittet um Prüfung, welche Zusagen hinsichtlich der Erschließungskosten seinerzeit gemacht wurden.

Oberbürgermeister Müller sagt dies zu.

Mit 24 : 1 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, bei der Haushaltsstelle 6346.9329 im Haushaltsjahr 2011 die für den Rückerwerb eines Grundstücks im Baugebiet Buddental eingestellten 50.000,00 € zu streichen.

2. Bürgermeister Christof bittet, hierüber nochmals in nichtöffentlicher Sitzung zu sprechen, da es offenbar andere Möglichkeiten der Vorgehensweise gebe.

Oberbürgermeister Müller sagt dies zu.

n) 6403.9501 – Ausbau der Rennerstraße (Repperndorf)

Die FW beantragt den Ausbau der Rennerstraße in Repperndorf und bittet die hierfür erforderlichen Herstellungskosten zu ermitteln sowie eine Aussage zu den Anliegerbeiträgen zu treffen.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass bereits erste Abstimmungsgespräche stattgefunden haben und neben einem Bebauungsplanverfahren auch ein Umlegungsverfahren notwendig werden würde, was gegenwärtig nicht zu leisten wäre. Der Bauhof sei angewiesen, an dem Feldweg die notwendigen Ausbesserungen vorzunehmen.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Mittel eingestellt.

o) 6404.9501 – Erneuerung der Alten Reichsstraße im Bereich „Brücke“

Die FW beantragt die Erneuerung der Alten Reichsstraße in Repperndorf im Bereich der Brücke.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass im Rahmen der Dorferneuerung die Erneuerung angegangen werden sollte, jedoch dies an den Anliegerbeiträgen scheiterte.

Stadtrat Haag bittet dieses Thema in der nächsten Bürgerversammlung auf die Tagesordnung zu setzen.

Oberbürgermeister Müller sagt dies zu.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Mittel eingestellt.

p) 6404.9501 – Senioren- und behindertengerechter Gehwegsbelag

Die ödp beantragt von der Einmündung Herrnstraßen bis zum Ende der Fußgängerzone einen Senioren- und behindertengerechten Gehwegsbelag zu verwenden.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass die Bindungsfrist der Zuschüsse teilweise erst im Jahr 2012 auslaufen werde und man bis dahin eine Planung vorstellen werde, um zu einer Senioren- und behindertengerechten Schneise zu gelangen.

Stadträtin Schmidt bittet, dies per Beschluss festzuhalten.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass diese Entscheidung noch nichts mit dem Haushalt zu tun habe, weshalb kein Beschluss gefasst werden müsste. Er sagt zu, diese Angelegenheit rechtzeitig auf die Tagesordnung zu nehmen.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Hiermit besteht Einverständnis.

q) 6481.9510 – Neubau Brücke zur Mondseeinsel

Die Fraktionen von UsW, SPD, KIK und FW erbitten einen aktuellen Sachstand hinsichtlich der Prüfung des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, wonach die Unterlagen für die Prüfung eingereicht seien, der Prüfungsverband ergänzende Fragen hatte und das Vorliegen des Schlussberichts noch nicht genauer terminiert werden könnte.

Dies, sowie die übrige Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen. Die Ansätze bleiben unverändert.

r) 6482.9560 – Generalsanierung Alte Mainbrücke

6483.9560 – Anprallschutz Alte Mainbrücke

Die FW beantragt hinsichtlich der Generalsanierung der Alten Mainbrücke eine Verschiebung des Ansatzes auf das Haushaltsjahr 2012.

Die CSU erbittet hinsichtlich des Anprallschutzes einen Sachstandsbericht und bittet, die Wünsche des Rudervereins umzusetzen. Die Sanierung sollte in Form einer Rad- und Fußgängerbrücke erfolgen.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Schäden und den Handlungsbedarf. Seiner Auffassung nach sollten die Planungskosten im Haushalt 2011 bestehen bleiben, um die Sanierungskosten für die Folgejahre entsprechend einstellen zu können.

Stadtrat Weiglein bittet um Beachtung, dass es zwischen der Sanierung der Brücke sowie der Errichtung der Schiffsstoßsicherung zu keinen Überschneidungen kommen dürfe.

Dipl. – Ing. Richter erklärt, dass dies entsprechend berücksichtigt werde und verweist auf den gegenwärtigen Sachstandsbericht. Entgegen der ursprünglichen Planung erbittet der Kitzinger Ruderverein die Nutzung der jeweils zweiten Brückenbögen, was eine Umplanung seitens des Wasserstraßenneubauamtes bewirkte und sich dabei die Kosten von 450.000,00 € auf ca. 600.000,00 € erhöhen würden. In Kürze werde man dem Stadtrat einen Beschluss vorlegen, inwiefern der Bitte des Rudervereins Rechnung getragen werden könne und welche Mehrkosten hierfür entstehen.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert bestehen.

s) 6501.9503 – Kreisverkehr Kreuzung E-Center

6501.9504 – Zufahrt Alte Marktbreiter Straße

Die SPD beantragt die Verschiebung der Mittel in den Finanzplanungsrest, ggf. sollten die Mittel auf 2011 (175.000,00 €) und 2012 gesplittet werden.

Die CSU beantragt, die Mittel für den Kreisverkehr sowie die Zufahrt zur Alten Marktbreiter Straße zu verschieben.

Die UsW erbittet einen aktuellen Sachstandsbericht zur Terminierung der Maßnahme und fragt nach, wie hoch der Anteil der beteiligten Firma am Kreisel sei. Darüber

hinaus fragt die UsW nach, ob der Ansatz für die Zufahrt zur Alten Marktbreiter Straße noch erforderlich sei.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme des Stadtbauamtes und berichtet von einem Gespräch mit der Regierung von Unterfranken, wonach eine Förderung der Zufahrt zur Alten Marktbreiter Straße nicht erfolge. Aus diesem Grund werde der Kreisel am E-Center derart gestaltet, dass er als Zufahrt für den Schwerlastverkehr benutzt werden könne.

In folgender Diskussion wird die Terminierung und somit die Einstellung der Mittel beraten, worauf Dipl. – Ing. Richter hinweist, dass dies auch in Absprache mit dem Fördergeber erfolge müsse, mit der Maßnahme frühestens im September 2011 begonnen werden könne und eine Bauzeit von drei Monaten eingeplant sei.

Die Stadträte kommen überein, von den 350.000,00 € für den Bau des Kreisverkehrs 150.000,00 € in das Haushaltsjahr 2012 zu verschieben.

Auf die Frage, ob das Bauamt die Umsetzung personell leisten könne, erklärt Dipl. – Ing. Richter, dass die Maßnahme im Wesentlichen durch das staatliche Bauamt betreut werde.

Hinsichtlich der Zufahrt zur Alten Marktbreiter Straße macht Stadtrat Weiglein deutlich, dass die Mittel nicht aus dem Finanzplan gestrichen werden sollten, da die Erfahrung zeige, dass das Straßenbauamt bei finanziellen Möglichkeiten zunächst nichtgeplante Vorhaben im Folgenden angehen.

Die Stadträte kommen überein, den Ansatz für die Zufahrt zur Alten Marktbreiter Straße ins Jahr 2012 zu verschieben.

Mit 24 : 0 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, vom Ansatz bei der Haushaltsstelle 6501.9503 in Höhe von 350.000,00 zum Bau des Kreisverkehrs am E-Center 150.000,00 € von 2011 auf das Jahr 2012 zu verschieben.

Mit 24 : 0 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, den Ansatz für die Zufahrt zur Alten Marktbreiter Straße bei der Haushaltstelle 6501.9504 in Höhe von 100.000,00 € vom Haushaltsjahr 2011 ins das Jahr 2012 zu verschieben.

- t) 6600.9501 – Kostenanteil Eisenbahnüberführung Innere Sulzfelder Straße
6600.9502 – Kostenanteil Eisenbahnüberführung Kaltensondheimer Straße
6600.9631 – Verkehrsrechner mit Ampelanschlüssen

Die UsW möchte hinsichtlich der Inneren Sulzfelder Straße wissen, ob der Ansatz in dieser Höhe noch benötigt wird. Darüber hinaus möchte die UsW wissen, welche Ampelanlage an den Verkehrsrechner angeschlossen werden, wofür eine detaillierte Kostenschätzung vorzulegen sei.

Die CSU beantragt die Reduzierung des Haushaltsansatzes um 1,0 Mio. € und erbitte eine genaue Kostenermittlung seitens des Bauamtes. Durch eine intelligente Ampelschaltung sollte eine Optimierung erreicht werden.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist auf die ausführliche Stellungnahme der Tiefbauverwaltung, wonach die Einstellung der Mittel sowie das Vorgehen nachvollziehbar und realistisch sei.

Die Frage der SPD, ob bei der Kaltensondheimer Straße mit Blick auf die Breite neben der Einbahnstraße auch ein kombinierter Geh- und Radweg möglich sei, verweist Oberbürgermeister Müller auf den nächsten Tag der Haushaltsberatungen.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert bestehen.

u) 6751.9580 – Einzäunung von Containerstellplätzen durch den Bauhof

Die FW beantragt eine Teileinzäunung von Containerstellplätzen durch den städtischen Bauhof.

Stadträtin Wallrapp ergänzt, dass insbesondere der Containerplatz am Bleichwasen mit einer Verblendung durch den Bauhof eingezäunt werden sollte.

Oberbürgermeister Müller bittet um Abstimmung, hierfür 5.000,00 € im Haushalt 2011 einzustellen.

Mit 21 : 2 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, bei der Haushaltsstelle 6751.9580 für die Einzäunung des Containerplatzes am Bleichwasen 5.000,00 € im Haushaltsjahr 2011 einzustellen.

v) 6815.9501 – Parkeinrichtungen, Parkplätze – Ablösebeträge für Stellplätze (Innenstadt)

Die KIK beantragt die Aufhebung der Befreiung der Nachweispflicht in der Innenstadt.

Mit 1 : 22 Stimmen

Mit dem Antrag der KIK-Fraktion auf Aufhebung der Befreiung der Nachweispflicht für Stellplätze in der Innenstadt besteht Einverständnis.

Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass der Antrag abgelehnt wurde. Über die Weiterführung der Befreiung der Stellplatzabläse im Innenstadtbereich werde rechtzeitig vor Fristablauf beraten und entschieden.

w) 6815.9501 – Parkeinrichtungen, Parkplätze

Die FW beantragt die Errichtung eines wassergebundenen Parkplatzes für ca. 80 Fahrzeuge in der Glauberstraße am Mainufer und bittet, mit dem Landkreis wegen einer Bau- bzw. Kostenbeteiligung in Verhandlungen einzutreten.

Nach dem Hinweis von Dipl. – Ing. Richter, dass eine Errichtung des Parkplatzes insbesondere von der Stadtplanung betrachtet werden müsste, verweist Oberbürgermeister Müller die Angelegenheit auf den nächsten Tag der Haushaltsberatungen, an dem Stadtplaner Neumann als Berichterstatter wieder anwesend sein wird. Darüber hinaus gibt er zu Bedenken, dass mit Blick auf die wasserrechtliche Genehmigung ein entsprechender Unterbau des Parkplatzes nötig werden könnte.

Stadtrat Schmidt ist der Auffassung, dass der ruhende Verkehr ebenfalls bei der Erstellung des Verkehrsentwicklungsplanes berücksichtigt werden sollte.

Oberbürgermeister Müller sagt zu, dies der Stadtplanung weiterzugeben.

x) 6815.9501 – Parkeinrichtungen, Parkplätze

Die CSU beantragt die Schaffung von Parkplätzen entlang der Nordtangente und dem Deustergelände sowie die Schaffung von Parkzonen für Bewohner der Altstadt und dem Mühlberggebiet und bittet hierfür 250.000,00 € in 2011 bereitzustellen (Deckungsvorschlag: Streichung der E-Center Kreuzung).

Stadtrat Moser ergänzt, dass man durch die Parkplätze entlang der Nordtangente den Verkehr entschleunigen könnte und die Parkplätze am Deustergelände in Zent-

rumsnähe sinnvoll seien. Dies würde seiner Auffassung nach den Vorstellungen der CSU-Fraktion dienen, im Bereich des Deustergeländes einen parkähnlichen Bereich schaffen zu können.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass Mittel in Höhe von 250.000,00 € für einen Parkplatz zu viel Geld seien und aus Sicht der Verwaltung die Veräußerung des Deustergeländes weiterhin angestrebt werden sollte.

Stadtrat Weiglein stellt dar, dass für die Umsetzung des Parkplatzes am Deustergelände eine Schotterung ähnlich der Gestaltung der Parkplätze am Bleichwasen ausreichend sei.

Oberbürgermeister Müller bittet um Abstimmung des Antrages von Stadtrat Moser

Mit 7 : 16 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, im Haushaltsjahr 2011 für die Schaffung von Parkplätzen im Bereich der Nordtangente und des Deuster-Areals Kosten in Höhe von 250.000,00 € einzustellen.

Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass der Antrag abgelehnt wurde.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 6 bleiben unverändert.

Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 20.45 Uhr.

Oberbürgermeister

Protokollführer